

Herr Präsident,
Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht sich genau wie die Bundesministerin Edelgard Bulmahn durch die Ergebnisse der Untersuchung bestätigt, die eingeschlagene Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik weiter zu verfolgen. Wir teilen die grundsätzlich positive Einschätzung der Innovationsfähigkeit Deutschlands. Wir sehen aber weiter auch den hohen Reformbedarf, um den Wandel zur Wissensgesellschaft erfolgreich zu gestalten. Dabei ist Grundlage für unser Regierungsmandat eine abgestimmte Politik:

Zur Schaffung von Arbeit,
zur Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im internationalen Wettbewerb,
zur nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft
und zur Erneuerung sozialer Gerechtigkeit.

Neues Denken und neue Konzepte sind notwendig, denn der Übergang von der Industriegesellschaft des 20. Jahrhunderts zur Informations- und Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts bedeutet einen weitreichenden technologischen und gesellschaftlichen Wandel.

Er führt dabei zu teilweise dramatischen Veränderungen in nahezu allen Bereichen unseres Lebens:

- Wissen erneuert und vermehrt sich immer schneller und ist dank neuer Informations- und Kommunikationstechnologien global verfügbar.
- Das alte Prinzip lebenslanger Ausübung eines einmal gelernten Berufs ist überholt.
- Neue Technologien, neue Arbeitsorganisation und ein wachsender Dienstleistungssektor verlangen höhere und neue Qualifikationen, Flexibilität und Mobilität.
- Zunehmende Migration und Mobilität, Europäische Einigung und Internationalisierung setzen das Verstehen anderer Kulturen und das Sprechen anderer Sprachen voraus.
- Die fortgeschrittene Gefährdung unserer Lebensgrundlagen erfordert einen konsequenten Wechsel zu nachhaltiger Entwicklung, die wirtschaftliche, ökologische und soziale Verantwortung verbindet.

Eine Gesellschaft, die vor den globalen Herausforderungen nicht kapitulieren will, die sich den Zwängen von außen nicht nur passiv anpassen will, sondern auch künftig in Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit leben und die Zukunft mit gestalten will, braucht Innovationen. Die Ministerin hat darauf hingewiesen, als sie die Versäumnisse der alten Bundesregierung dargestellt hat: Auch deshalb war der Regierungswechsel notwendig.

Ich möchte im folgenden auf einige Kernaussagen des Berichtes näher eingehen.

Bildung und Ausbildung lohnen sich doppelt. Mehr Bildung bedeutet mehr Einkommen und mehr Beschäftigungssicherheit.

Es kann kein Zufall sein, daß die Länder, die in technologischer und wirtschaftlicher Hinsicht die größten Fortschritte gemacht haben, gleichzeitig auch mehr in die Bildung investiert haben. Die SPD hat am Montag der Öffentlichkeit das Memorandum „Bildung entscheidet über unsere Zukunft. Für eine neue Bildungsinitiative“ vorgestellt, mit der wir die Herausforderungen an die Bildungsinstitutionen und Bildungsinhalte bewältigen werden.

Bildungspolitik steht vor einer doppelten Aufgabe:

- Es geht darum, das Wissen und die Kompetenzen zu vermitteln, die morgen über den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt entscheiden, und gleichzeitig
- muß eine soziale Ausgrenzung angesichts steigender und neuer Qualifikationsanforderungen verhindert werden.

1. Der Strukturwandel hin zum forschungsintensiven Sektor schreitet voran. Neue Arbeitsplätze werden vor allem in wissensintensiven Dienstleistungen geschaffen.

Seit der Rezession 1993 haben die Industriezweige der höherwertigen Technik und der Spitzentechnik einen besonders dynamischen Zuwachs erlebt. Diese überproportionale Produktionsausweitung dürfte sich auch 1999/2000 fortsetzen, wenngleich auf niedrigerem Niveau. Wachstumsträger Nr. 1 ist die Kfz-Industrie, die zugleich auch ihre Zulieferer aus Chemie, Elektrotechnik und Elektronik in die dynamische Entwicklung einbindet.

Laut Studie beschleunigt das Innovationsgeschehen auch den sektoralen Strukturwandel. Unternehmen aus den forschungsintensiven Branchen realisieren deutlich mehr Innovationen und haben es damit leichter, am Markt zu bestehen. Dies gilt auch für Firmen aus den modernen, wachsenden Dienstleistungsbranchen, die vergleichsweise hohe Innovationsaktivitäten aufweisen.

Nachdenklich stimmt mich, daß trotz der vergleichsweise hohen Produktionszuwächse im

forschungsintensiven Sektor dort die Beschäftigung lange Zeit rückläufig gewesen ist. Seit gut einem Jahr werden hier wieder per Saldo neue Arbeitsplätze geschaffen (+1 %). Dies möchte ich nicht als Trendwende interpretieren, da sich die Personalzuwächse nur auf den Automobilbau, Teile des Maschinenbaus und die Medizintechnik konzentrierten.

Erfreulich war die Beschäftigungsentwicklung dagegen bei den unternehmensnahen Dienstleistungen, während die wissensintensiven Dienstleistungen insgesamt durch den Beschäftigungsabbau bei Post und Bahn zwischen 1996 und 1998 nur leicht zulegen konnten (+ ½ %). Deutschland hat die Chance, mit neuen Technologien neue Beschäftigungspotentiale zu erschließen. Diese Chance gilt es nun beherzt wahrzunehmen.

Diese Entwicklungen, sehr geehrte Frau Ministerin, sollte aus Ihrem Haus zukünftig verstärkt begleitet werden. Ich möchte Sie deshalb bitten, ein tragfähiges Konzept zu initiieren, das auf ca. 5 Jahre angelegt ist und von den gesellschaftlichen Gruppen getragen wird. Als Vorbild können die Aktivitäten im Rahmen „Arbeitsgestaltung“ und „Produktion 2000“ dienen. Wir brauchen eine an Innovation und Beschäftigung orientierte Dienstleistungsinitiative, die Forderungen der deutschen Wirtschaft, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Wissenschaft aufgreift.

2. Deutsche Unternehmen besitzen in Europa zwar die Technologieführerschaft, trotzdem haben sie in den letzten Jahren verloren und andere Länder aufgeholt.

Fest steht, daß bei den Patentintensitäten Deutschland inzwischen von Schweden überrundet worden ist. Hat Deutschland zu Beginn der 80er Jahre innerhalb der OECD noch die relativ größten Ressourcen in Forschung und Entwicklung investiert, liegen inzwischen gleich sechs Länder in ihrer FuE-Intensität vor Deutschland. Dabei sind es gerade solche Länder, die sich in den vergangenen Jahren verstärkt den modernen Informations- und Kommunikationstechniken zugewandt haben (Schweden, Finnland, USA). Sie investieren deutlich mehr in Forschung und Entwicklung und realisieren dadurch auch deutlich höhere Wachstumsraten. Darum bin ich froh, daß wir nun einen Kanzler haben, der bei „Datenautobahn“ nicht an Fernstraßen denkt.

Traurige Realität ist aber, daß Deutschland auch beim Welthandelsanteil mit forschungsintensiven Gütern innerhalb der letzten zehn Jahre rund 3 Prozentpunkte eingebüßt hat.

Es gilt deshalb, das Umfeld für Tüftler und Erfinder weiter zu verbessern, denn einen guten Einfall patentieren zu lassen, ist die eine Sache. Daran zu verdienen, die anere. Beides ist gar nicht so einfach. Sehr geehrter Frau Ministerin, wir sollten weiter gemeinsam über die

Formalitäten hinsichtlich der Patentanmeldung, der Patenterteilung und der Schutzgebühren nachdenken und eine bessere Lösung anstreben.

Die Ergebnisse der Studie machen deutlich, daß mehr Geld für Bildung und Forschung notwendig war, um die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands zu sichern. Dies hat die „neue“ Bundesregierung mit dem Haushalt 1999 getan und wird es in den Folgejahren fortsetzen. Doch Geld ist nicht alles. Wir brauchen auch die von der Ministerin vorgestellten strukturellen Reformen und einen effizienteren Mitteleinsatz. Wir müssen zugleich auch dafür sorgen, daß die Marktpotentiale aussichtsreicher, neuer technologischer Potentiale schneller erschlossen werden.

Anrede.

Mehr Flexibilität;

mehr Wettbewerb;

stärkere Leistungsorientierung;

Chancengleichheit und

Nachhaltigkeit

werden die zentralen Grundsätze der Politik der Bundesregierung unter Gerhard Schröder in den nächsten Jahren sein. Dies gilt insbesondere für die Handlungsfelder der Bildungs- und Forschungspolitik. Damit sind wir auf dem richtigen Weg. Wir haben die Trendwende eingeleitet und werden auch in den kommenden Jahren dafür sorgen, daß der Innovationsstandort Deutschland seine Chance nutzen kann. Denn „wer aufgehört hat, besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein“!